

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

247



Fünfunddreißig Fragen zum Krieg gegen den Irak

Familie im Neoliberalismus

Hanna Behrend, Irmgard Maassen, Iris Nowak

Frigga Haug: Lebensentwürfe von SchülerInnen

Wolf-Dieter Narr und Christoph Spehr: Nach den Wahlen

Robert Brenner: Nach dem Boom

Christian Brütt: Nach Hartz

Alexander Honold: Hofmannsthal, Thomas Mann und
die Politik der öffentlichen Einsamkeit

Zsn 22714 ~~118271300~~

44. Jahrgang Heft 4 2002

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Redaktion

Mario Candeias, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Christina Kaindl,
Jörg Nowak, Tilman Reitz, Peter Wagenknecht, Thomas Weber

Korrespondierende Redaktionsmitglieder

Hans-Jürgen Bieling, Ulrich Brand, Ruedi Graf, Lars Lambrecht, Morus Markard,
Jan Rehmann, Ulrich Schmitz, Helmut Steiner, Werner van Treeck, Gerhard Zimmer

Autonome Frauenredaktion

Hanna Behrend, Frigga Haug, Brigitte Hipfl, Elisabeth List, Jutta Meyer-Siebert,
Iris Nowak, Catharina Schmalstieg

Internationaler Beirat der Frauenredaktion

Leena Alanen, Cynthia Cockburn, Claudia Gdaniec, Sandra Harding, Nancy
Hartsock, Sara Mills, Maxine Molyneux, Eva Nikell, Hilary Rose, Dorothy Smith,
Janna Thompson, Chris Weedon, Nira Yuval-Davis

Redaktion: Reichenberger Straße 150, 10999 Berlin

Tel. +49 - (0)30 - 611 41 82, Fax 611 42 70

e-mail: redaktion@argument.de

Redaktionssekretariat: Christina Kaindl

Argument-Verlag, Eppendorfer Weg 95, 20259 Hamburg

Tel. +49 - (0)40 - 40 18 000, Fax 40 18 00 20

<http://www.argument.de>

verlag@argument.de

Buchhandelsauslieferung

Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstraße 16, D-35463 Fernwald/Annerod

Tel. +49 - (0)641 - 43071, Fax 42773

Einzelbestellungen und Abonnementsverwaltung

Argument Versand, Reichenberger Straße 150, 10999 Berlin

Tel. +49 - (0)30 - 611 39 83, Fax 611 42 70

versand@argument.de

Wolf-Dieter Narr

Nach der Bundestagswahl: Abwahlen

Sechs Notate samt einem P.S. zum 22.9.2002

(1) Das Ergebnis der bundesdeutschen Wahlen überrascht nicht. Wer an dem sportiven Fernsehabend teilnahm, unter dem aus anderen Shows bekannten Motto »(Fast) Jeder kann gewinnen«, konnte freilich der untrennbaren Mischung aus Hochrechnung, Spekulationen und babbelnden, politisch schier machtvollen Größen immanent manches spannende Zucken abgewinnen. Ansonsten gilt: »lieb Vaterland magst ruhig sein«, einfallslos treu steht die mächtig scheinende Politik an der Spree.

Hätte ich diesen Artikel vor dem 22. September geschrieben, ich hätte kaum Anderes festzustellen, kaum anders zu argumentieren gehabt. Allerdings sind im Rahmen der Wahlen und der in ihnen sich spiegelnden Politik zwei negative Überraschungen zu verzeichnen. Zum einen der beträchtliche Erfolg der Grünen. Er garantiert auch für alle »linken« Liebhaber und/oder »kleineres-Übel-Vertreter«, dass mehr als minder alles in der gefälligen politischen Farbentäuschung »rotgrün« weiter so bleibt, wie es während der letzten vier Jahre war. Änderungen, die sich ergeben werden, werden wir alle erst erleben, wenn sich Kontexte und Anforderungen ändern. Hoffentlich nehmen dann die negativen »Überraschungen« der in Inhalten und nicht zuletzt in Verfahren zu eigensinniger Politik schlecht präparierten Koalition nicht zu.

Am Erfolg der Grünen irritiert, dass allem Anschein nach das Kalkül der führenden Grünen aufgegangen ist, die nichts anderes wollen als das Sich-an-den-Fleischtöpfen-Ägyptens-Weiden: dass sich nämlich ihre Regierungsbeteiligung als solche auszählt. Regierungsbeteiligung trägt sich eindrucksvoll. Das galt fast immer schon. Nicht wenige den Grünen kreuzchenweise zugewandte Wählerinnen und Wähler scheinen, um der »bayerischen Gefahr« zu begegnen, sich so sehr um die Rettung der Koalition Sorgen gemacht zu haben, dass sie auf das völlig verwaschene Grün nicht weiter achteten. Im Rahmen des Grünenerfolgs gibt es nur einen, fast vorbehaltlos freudig blinkenden Tupper. Dass mein Altersgenosse – und »Genosse« auch in manchen anderen Hinsichten – Christian Ströbel im ungewöhnlichen Kreuzberg den direkten Einzug ins Parlament contra grüne Parteiobere geschafft hat. Nicht dass sich angesichts dieses singulären Wahlerfolgs die (Pseudo-)Politik der Grünen änderte. Indes, dass Christian S. auf diese Weise erfolgreich war, wirkt wie ein Löffelchen Zucker. Es ist ein kleines, nicht zu über-, aber auch nicht zu unterschätzendes Zeichen dafür, dass anders akzentuiertes – um das große Wort »alternativ« zunächst in der Tasche zu behalten – und vor allem auch in der Äußerungs- und Teilnahmeform anders getriebenes politisches Engagement nicht immer und ewig aussichtslos ist. »Wie ein Löffelchen voll Zucker bittere Medizin versüßt«, singt der proletarische Vater in My Fair Lady.

Die andere negative, freilich schon vorgeahnte Überraschung besteht darin, dass es die PDS trotz großem Erfolg in den unverändert »neu« genannten Bundesländern und trotz zweier Berliner Direktmandate nicht in den Bundestag geschafft

hat. Die 5-Prozent-Hürde war zu hoch. Zu anderen Zeiten aus teilweise akzeptablen Gründen geschaffen, ist sie ein längst nicht mehr akzeptables Hindernis, das alle Erneuerung von »parteiunten« erschwert, ja verhindert. Dieses Argument lässt sich auch am Schicksal der Grünen belegen. In einer politisch demokratischen Güterabwägung im Rahmen des etablierten Wahl- und Parteiensystems neigt sich die Schale mit den Gründen für die 5-Prozent-Klausel nach oben, die Schale gegen die 5-Prozent-Klausel nach unten. Auch die schon hörbaren, vielerseits mundegeöffneten Schreie: »Aber die Rechtsextremen (!!!)« blasen die aufwärts treibende Schale nicht mehr nach unten. Begriffen doch viele derjenigen, die sich »links« gerieren, endlich, dass radikale Demokratinnen und Demokraten staatliche Verbotspolitiken fast aller Art nicht befördern dürfen.

Ich habe mit der PDS, offen gestanden, manche Probleme. Diese resultieren aus ihrem von der SED übernommenen Parteiapparat (und als Parteiensoziologe, der bei Weber und Michels in die Schule gegangen ist, weiß ich nun einmal, was das bedeutet). Meine Vorbehalte resultieren auch daraus, dass – zuweilen schier unvermittelt – zu etlichen Gruppierungen des alten, oft auch sehr autoritär ausgerichteten »Milieus« der von den meisten Parteioberen vertretene Drang sich gesellt, koste es fast, was es wolle, an die Krippe der »Macht« zu gelangen. Diese verspricht Positionen und – vor allem auch – Anerkennungen. Die zuletzt genannte »Suche nach staatsoffizieller Anerkennung« erklärt sich freilich nicht zuletzt aus den bleibenden, aus dem Kalten Krieg überlieferten und »westlich« gepflegten Diskriminierungen. Unbeschadet jedoch dieser und anderer Probleme, die ich mit »der« PDS habe – mit vielen Leuten, Studierenden zumal, die ich aus ihr kenne, kooperiere ich sehr gut –, werte ich es aus einem doppelten Grunde als erheblichen Nachteil, dass die PDS nicht mehr im Bundestag vertreten ist und möglicherweise daraus weitere problematische Konsequenzen für sie erwachsen werden. Zum einen, und basisdemokratisch argumentiert, vertritt die PDS so viele durch die quickfixe, »westlich« geradezu überdeterminierte Art der sogenannten Vereinigung schlecht behandelte Bürgerinnen und Bürger aus der ehemaligen DDR, dass sie schon deshalb in den etablierten Institutionen vertreten sein sollte. Sonst werden die einseitigen Einigungskosten noch umfangreicher (ich meine, wie sich versteht, nicht primär die fiskalischen). Zum anderen sind in der PDS, so sehr sie zuweilen eingegraut erscheinen, so wenig sie meist auf nicht-bürokratische Formen achten, kapitalismuskritische – und sei's auch spät – antimilitärische und sozialpolitisch radikale Elemente und Positionen vertreten. Diese möchte ich im sonstigen, kapitalistisch glänzenden *juste milieu* der Bundesrepublik nicht vermissen.

(2) Für Wahlanalysen im engeren Sinne ist es noch zu früh. Eng plattfußempirische sogenannte Wahlanalysen bringen ohnehin fast nichts ein. Wie dies die meisten, wahlkämpferisch divers unnütz benutzten Meinungsumfragen zuvor schon tun, stören sie durch ihre breiige Mischung aus fälschlich isolierten, als-ob-eindeutigen Aussagen und einem höchst konventionellen spekulativen Schleim. Selten werden auch von den am meisten »seriös« geltenden Instituten und ihrem Forschungspersonal die »eigentlich« für empirische Sozialforschung und statistische Analyse selbstverständlichen Fragen offen gestellt und immer erneut so präzise wie möglich und so unsicher wie nötig beantwortet. Dann verlören sie ihre lukrativen Geschäfte, ihre O-Bilder und O-Auftritte im Fernsehen. Wie verhält es sich

mit der Verlässlichkeit der erhobenen Daten, die dann entsprechend interpretiert werden (sogenannte *reliability*)? Und vor allem: welche Methode und welches Konzept werden benutzt, die immer schon als aussagekräftige Informationen behandelten Daten zu interpretieren (sogenannte Validität)? Da kämen die ›Wahlforscher‹ ins Schwitzen. Unter anderem müssten sowohl die Genese der angeblichen Fest-Daten wie die Relevanz des Wahlvorgangs selbst bedacht und ausgewiesen werden. So tappen wir unvermeidlich im ›empirischen‹ *Claire-Obscure*. Im gegebenen Rahmen wäre es nicht ganz unerheblich, folgende Fragen mit erheblicher Genauigkeit beantworten zu können.

Wie kommt es, dass die überwiegende Mehrheit der Bundesdeutschen zu den Wahlen geht? Dieses Mal waren es immerhin bei leichter Abnahme im Vergleich zu 1998 an die achtzig Prozent. Nimmt die Mehrheit derjenigen, die oft in Sonntagsgewändern mit Sonntagsgesichtern zur Wahl schreiten und dann hinter einer spanischen Wand in Bruchteilen von Sekunden Kreuze markieren, die verzettelt in Truhen versenkt werden, nimmt diese Mehrheit, so frage ich, an, dass sie damit Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG verwirklicht? »Alle Gewalt geht vom Volke aus«, heißt es da klipp und klar. Schon im darauffolgenden Satz des Grundgesetzes wird freilich die systematische Ver-Mittlung dieser »Volks«-»Gewalt« normiert. Der repräsentative Absolutismus wird etabliert. Die »Volks-Gewalt« wird damit »ent-gewaltigt«. Der stolze erste Satz schrumpft. Nehmen die Wählenden an, das, was sie isoliert und individualisiert bleistiftkruzend tun, was zum politischen, sprich kollektiven Ergebnis erst durch die Summierung wird, also dem vermachteten, angebotsdominierten Markt und seinen ungleichen Konsumenten nicht unähnlich, sei in der Tat bedeutsam und ihre »Pflicht«? Was heißt es übrigens, wenn immer wieder, selbstredend meinungsbefragungsgestützt, behauptet wird: die Wählerinnen und Wähler wüssten politisch gut Bescheid? Misstrauen ist angezeigt.

Von gebremstem Interesse wäre auch, genauer herauszufinden, ob die ›Schröder-Formeln‹ des Wahlkampfes und sein Habitus in der Tat so gewirkt haben, dass er seine MANN-Show gerade noch siegreich beendete. Allgemein wird behauptet – in der nordamerikanischen Presse, etwa der New York Times, uneingeschränkt –, Schröders imponierendes Spiel eines kompetent unerschrockenen, die entschiedene Geste beherrschenden Deichgrafen angesichts der sommerlichen bundesdeutschen Wasserfluten habe die Differenz zum Bajuwaren gemacht. Noch stärker wird die Erfolgslastigkeit der Bush-Kritik-Geste in Richtung eines drohenden 3. Golfkriegs gewertet. Schröders »Pazifismus« – die Promotion zu einem solchen geht wahrlich ohne Promotionsordnung geschwind – habe ihm und den Grünen entscheidende Stimmen gebracht, und, worauf der Wahlkampf hindeuten könnte, den eigenakzentuierten Wahlkampf der PDS entscheidend geschwächt. Lassen sich diese Effekte eines ohne Frage klug skrupellosen Wahlkalküls, dem sogar das Empire USA sich kurzfristig fügen musste, tatsächlich so eindeutig bis in Prozentziffern ausmachen? Dann hätte das erste Bäuerinnenopfer des mit ganzer Sohle auftretenden Kanzlers sogar eine wahlmaterielle und nicht ›nur‹ eine symbolische, sogleich auf den Altar der Bush-Administration schuld bewusst untertänig dargebrachte Bedeutung: das Rücktretenmachen von Hertha Däubler-Gmelin. Deren in jedem Fall blödsinnige Äußerung – das gilt für die meisten an den Haaren herbeigezerrten historischen Analogien –, zum geradezu weltpolitischen Skandal wie

ein Riesenluftballon aufgepumpt, soll der SPD angeblich ein bis zwei Prozent gekostet haben. Woher wissen das nur die Neunmalklugen? Diese haben doch kurz zuvor, ja in einem Atem behauptet, die Bush-Kritik und Schröders stark und wie friedenssäuselnd erscheinendes Reden vom »deutschen Weg« habe ihn im Kanzlersattel gehalten.

(3) Differenzen. Zwischen den Parteien und ihren Spitzen sind solche vorhanden. Etwa, dass Schröder nicht nur in Fernsehbegegnungen mit Stoiber der in Sprach- und Körpergeste zweifellos überlegene ist. Der arme Stoiber. Vielleicht hat gerade seine verkrampfte Art, »STAATSPolitik« zu vertreten, ihn dazu getrieben, sich um den Bundeskanzlerjob zu verkrampfen. Ansonsten waren die Begegnungen eine witzige Bestätigung von Paul Klees wunderhübscher Zeichenskizze: »Zwei Herren einander in hoher Stellung vermutlich begegnen sich.« Hier begegneten zwei Herrn einander, von gedankenarmen Fernsehansichtsführern moderiert, die innegehabte oder angestrebte Position mit verhaltener Aggression neidend und nichtssagende Wortfetzen aneinander vorbei tauschend. Da hätte ein Boxkampf zwischen zwei Fliegengewichtlern mehr an Spaß und Spannung gebracht.

Differenzen. Da gibt es ohne Frage gewichtige. Solche können von mir nicht in ironischem Feuilletonstil überspielt werden. Richard Meng von der Frankfurter Rundschau geht in seinem neuen Buch *Der Medienkanzler* darauf ein. Dort sagt er u.a., von der »rotgrünen« Politik müsse ganz unbeschadet der »großen Politik«, in der sich die »Lager« nicht sehr profiliert unterscheiden, »ein anderes Werte- und Milieuspektrum als bei einer konservativ geführten Regierung integriert werden«. Meng fährt fort:

Die Richtung, in der die Begründungszwänge wirken, ist immer für das politische Klima entscheidend. In den Schröder-Jahren sind es letztlich doch die langsam abschmelzenden konservativ-autoritär denkenden Milieus, die sich von den politischen Führungsfiguren nicht mehr wie gewohnt repräsentiert fühlen. In gesellschaftlicher Hinsicht, und jenseits einzelner Politikinhalte, ist es gerade deshalb eine Schlüsselzeit, weil neue individuelle Politikbilder entstehen – davon, auf wen und was man setzen, wen oder was man vergessen kann. Dies ist der zentrale Punkt, an dem die rot-grüne Mischung aus Anpassungsbereitschaft, Realitätssinn und Gelassenheit in der politischen Kultur des Landes langfristige Wirkungen haben wird.

Ein großer Wörter- und Behauptungszug mit vagen Begriffen und nicht überprüfbaren Aussagen. Diese Qualifizierung gilt noch mehr, wenn prominente, »mitten-drin« und ein wenig abseits stehende Bundestagsabgeordnete wie Reinhard Loske (MdB, alt und neu, Die Grünen) und Hermann Scheer (MdB, alt und neu, SPD) vor den Wahlen auf die wählende Bestätigung der regierenden Koalition drängen. Sonst würden »epochale Zukunftsfragen« versäumt. Nur, den Nachweis, dass just die alte und die neue Bundesregierung dazu in der Lage wären, die von ihnen genannte Hauptaufgabe auch nur kräftig und couragiert anzugehen, den bleiben sie schuldig.

Die politische Differenzierung des Globalisierungsprozesses und in diesem die Aufrechterhaltung demokratischer Gestaltungsspielräume der Länder entscheidet darüber, ob der Weg zu einer offenen Gesellschaft nach dem Ende des Kalten Krieges aufrecht erhalten wird oder Rückfälle in dumpfe Nationalismen erfolgen, in denen die Fremdenfeindlichkeit blüht und die innere Liberalität preisgegeben wird« (FR, 21.8.2002: »Kaum jemand hat sich bemüht, das rot-grüne Projekt zu beselen«).

Dieser Feststellung, der man (etwas anders formuliert) folgen könnte, ließe sich ganz anders als die beiden wiederwahl- und wiederregierungswilligen Autoren beabsichtigten, zur harsch treffenden Kritik der ›alten‹ und vorausgreifend der neuen Bundesregierung benutzen. Die Wirtschaftspolitik, so von einer solchen gesprochen werden kann, war so neoliberal wie irgend möglich, ohne die Gewerkschaften ganz gegen sich aufzubringen. Die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, all diejenigen, die auf der nicht macht-relevanten Schattenseite des Habens und des Herrschens stehen, die konnte man sozialpolitisch bis hin zu schröderisch unterstrichenen Maßnahmen in Richtung Arbeitszwang zusätzlich tunken. Auch nur vom Versuch, mehr eigensinnigen politischen Spielraum im Standortgalopp zu erkämpfen und institutionell zu sichern, nicht einmal die Spur einer Spur. Schlimmer noch müsste die ›Ausländerpolitik‹ und die Politik der die Illiberalität steigernden Inneren Sicherheit kritisiert werden. Die Ausländerfeindlichkeit wird auch und gerade mit Hilfe des sogenannten Einwanderungsgesetzes weiter regierungs- und gesetzesamtlich »rechtsstaatlich« mitproduziert. Die Ausweitung grundrechtswidriger Vorkehrungen in Sachen Innere Sicherheit, die übrigens erneut Ausländerinnen und Ausländer an erster Stelle treffen, ist von der »rotgrünen« Koalition, und zwar nicht erst nach dem Bush-getreu interpretierten 11.9., kräftig vorangetrieben worden.

Die Behauptung, die SPD mit grünem Schweif garantiere allein die Zukunft eines modernen Deutschland, ist vollends fadenscheinig, aber philosophisch tief von den Habermasen, den Negts und anderen, die Intellektuelle gerade auch *in politicis* genannt werden wollen, in noch dazu glitschig formulierten Wahlaufrufen vertreten worden. Im Juli erschien ein erster halbseitig in der FR, im August wurde dieser ganzseitig namenvervielfältigt abgelöst.

Dennoch – Differenzen. Auch wenn man nicht wahlbetrunken und vorwahlprojektiv, sondern nüchtern und in einer gewissen Tradition der ›alten‹ Außerparlamentarischen Opposition¹ argumentiert, man kann und darf Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Drei, zwischen SPD, Grünen, PDS und der CDU/CSU und der FDP nicht verkennen. Nur: worin bestehen dieselben genauer? wie und wo kann man sie ausmachen? welche Effekte zeitigen sie bei wichtigen, bei lebensentscheidenden politischen Fragen? Ich müsste hier weiter ausholen. Wenn man nur kurz darüber reden kann, fällt man, da hat dann Richard Meng recht, auf allzu vage Ausdrücke wie »Milieu«, »Stil«, »Atmosphäre«, »politische Kultur« zurück. An allen ist irgendetwas Richtiges dran. Nur was genau? Und erneut: welche Differenz macht das angesichts der Dominanz größerer Kontexte à la Weltmarkt, US-geführte internationale Politik und des schier hemmungslosen Dauerwahlopportunismus aller vom Regierungsnapf fressenden, zu ihm drängenden Parteien? Letzterer ist in Bayern, in der CSU aufgehoben, auch in rechten CDU-Kreisen ungeläuterten Katholizismus und Alt-Protestantismus, noch mehr des schieren vopolitischen, politisch dann vorurteilhaft aufgerührten »An sich«: angefangen vom archaischen Moral-, übers Rechts- bis zum Strafverständnis. So könnte es

¹ Nur für Jüngere: die »APO« hat sich während der Großen Koalition 1966-1969 (nicht nur) in der Opposition gegen die Notstandsgesetze gebildet.

selbst einem in der Nähe aufgewachsenen Schwaben zuweilen erscheinen. Oder haben die CSU und die um sie traubenden Interessen nicht längst denselben Weg durchschritten, der Bayern, vom CSU-Freistaat gefördert, zum modernen, wenn nicht zum modernsten Industrie- und vielleicht bald auch Dienstleistungsland der Bundesrepublik machte?

(4) Die Wahlen sind vorüber. Nach den Wahlen heißt vor den Wahlen. Was ist von der altneuen Regierung zu erwarten? Deren Personal nach den Spitzenleuten wird ein klein wenig ausgetauscht werden. Aber was sonst? Wie den Wahlspekulationen, so bin ich auch allen seichten Überlegungen abhold, die über zukünftiges Verhalten einer ziemlich fest eingetopften Organisation à la Bundesregierung spekulieren. Was die Bundesregierung *en gros* und *en detail* tun oder lassen wird, hängt sehr von den jeweils nationalen, das heißt immer schon auch EU-europäischen, und den internationalen, allemal dynamisch wirksamen Kontexten ab. Die eigenen Parteien, die anderen Parteien, die diversen politischen Bundesinstitutionen samt Bundestag und Bundesrat bilden nur zum Teil den Bezugs- und Legitimationsrahmen, der das Handeln oder Nichthandeln der Bundesregierung bestimmt.

Einigermaßen wohlbegründet ist nur anzunehmen, dass die Bundesregierung zunächst mit den alten, aber neu eingefetteten, äußerlich auch neu gekauften eleganten Stiefeln stolzieren wird. Ansonsten wird sie verkaufsbewusst präsent sein, ohne viel Eigenes verkaufen zu können und zu wollen. Hochwahrscheinlich ist auch, dass sich der ohnehin in unsinnig projektiver Hofferei sogenannte Pazifismus Schröders als das herausstellen wird, was er genetisch und funktional vom ersten Geburtsschrei an war: eine wählergezielte Aussage. Dieser Opportunpazifismus wird nun von Schröder, Fischer und anderen illustren Bundespolitikern in seinen negativen Effekten in Sachen Bush und den Seinen – es wäre mitnichten korrekt, von den USA, und handele es sich nur um die ›politischen‹ USA, zu reden – rasch ungeschehen zu machen versucht werden. Das Bäuerinnenopfer, Fischers Aussagen am Tag nach der Wahl der New York Times gegenüber, Schröders erste Reise zum Bush-Freund Tony Blair und viele andere Versicherungen weisen alle in dieselbe Richtung. Wenn uns der Bushkrieg gegen Saddam Hussein und ›seinem‹ Irak erspart wird, dann gewiss nicht aufgrund der durchaus begründeten, aber nicht von diesen Gründen motivierten Kritik Schröders und seinem Abstandnehmen von bundesdeutscher Beteiligung. Zum einen ist das Bush-wedelnde Kriegsgerassel von den im November 2002 anstehenden US-Zwischenwahlen stark mitmotiviert. Zum anderen haben in der Zwischenzeit selbst eine Reihe amerikanischer Generäle vor dem unausrechenbaren Risiko eines US-monistischen Krieges gewarnt. An Schröders Wahlkalkül ist nur zweierlei positiv und kritisch bemerkenswert. Positiv ist, dass die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung, jedenfalls, wenn es sich um Kriege ›fern im Irak‹ handelt, auf Kriegstrommeleien höchst unlustig, vielleicht sogar mit Opposition reagiert. Kritisch anzumerken wäre, so Schröders Kalkül aufgegangen sein sollte, dass sich die Bundesdeutschen so kindlich leicht Wahlsand in die Augen streuen lassen. »Wir haben bitter lernen müssen«, so Schröder mit situationsspezifisch angezeigtem Pathos am 3. Mai 2002 im Bundestag, »dass es historische Situationen gibt, in denen Frieden eben doch nur unter Zuhilfenahme militärischer Mittel erreicht werden kann.« Darum heißt es rüsten; darum heißt es, die NATO bundesdeutsch für Einsätze überall ausbauen; darum

kann die Bundesrepublik als wieder entstehende Weltmacht nur mitspielen, wenn sie militärisch mittut. Auch und gerade um ihres Parts in der Weltökonomie willen.

(5) Wahlen sind die Billigenergie repräsentativer Demokratie. Niklas Luhmann hat das als »Legitimation durch Verfahren« bezeichnet. Die politischen Kosten der Wahlen sind freilich beträchtlich. Im Unterschied zur fragwürdigen, zu anderen Zeiten entstandenen Theorie der Repräsentation (vgl. dazu u.a. Edmund Burke um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert) können sich die Repräsentanten nach ihrer Wahl nur dem Anschein nach von den Repräsentierten emanzipieren. Wahlen dauern in Nachwirkung und Vorschein der nächsten nicht nur länger, ja sie halten meinungsbefragend dauernd an. Wahlen als verkindischende Veranstaltungen für eine Masse von Leuten, die Politik allenfalls am überlasteten, medial ausgefüllten Feierabend treiben kann, verkindischen auch die Repräsentanten. Das Vorurteilsballet geht beidseits hin und her. Darum ist auch die »Herrschaft auf Zeit« eine höchst vorbehaltsame und eingeschränkte Herrschaft. Schmalspurdemokratiethoretiker à la Schumpeter nehmen eine solche an. Sie sehen die List der Wahlen politisch nicht vernünftig gemachter Leute darin, die Zirkulation der Eliten am Laufen zu halten. Und diese Eliten regieren dann. Das tun sie auch. Der exekutivische Effekt hat längst das repräsentative System ansonsten weitgehend lahm gelegt. Vor allem die Legislative. Nur, auch die Exekutive, in »politische« und »nicht-politisch« ausführende (bürokratische) falsch getrennt, besitzt nur schmale Korridors des eigenen Manövrierraums. Um diese zu erweitern, müsste mehr Demokratie gewagt, sprich: müssten die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass die große Mehrheit der Bevölkerung der Chance nach politisch aufgeklärter und aktiver sich verhielte.

Das in diesen wenigen Sätzen verkürzt Angedeutete müsste anlässlich von Wahlkämpfen, Wahlen und Wahlfolgen *in extenso* erörtert werden. Die institutionellen Folgen oder, problematischerweise, Nichtfolgen, die Wahlen zeitigen. Folgen für die Regierung – das ist es, worauf wir alle zu sehr starren. Folgen für das Parlament, die Parlamentarier, die »eigentlichen« Repräsentanten. Folgen für das, was Demokratie heißt. Und das meint nicht zuletzt Folgen für die ungemein ausgedünnte Form und Funktion von Repräsentation. Deren demokratischer Gehalt steht, vorsichtig gesagt, mehr denn je in Frage. Was aber heißt das, wenn diese Beobachtung zuträfe? Die Frage ist nicht primär normativ, sie ist primär in Richtung möglicher oder verhinderter Politik zu stellen.

(6) Die Differenzfrage ist allgemeiner und das heißt ein Stück abgehobener zu stellen, so man radikaldemokratisch – das heißt auch immer zugleich menschenrechtlich in materialistischer Konzeption – an Politik interessiert ist. Die eng gekoppelte Sequenz der Fragen lautet: welchen politischen Effekt zeitigen Wahlen oder: wie bedeutsam sind sie? inwiefern und inwieweit sind die Parteien verschieden und zählen die Unterschiede politisch? was heißt unter Bedingungen liberaler Demokratie der Gegenwart und ihrem kapitalistisch globalen Kontext etablierte Politik, in welcher funktionalen und normativen Hinsicht kommt es auf Politik an? ist dieselbe in irgendeiner demokratisch eigen-sinnigen Weise *politisch*, das heißt gestaltungsfähig?

Was Politik »ist«, wird gerade in wahlkämpferischen Zusammenhängen meist allzu eng verstanden. Als sei Politik – oder genüge als Politik – das Parteiengerangel. Netter formuliert, das Aushandeln aller möglichen Regelungen, Maßnahmen und

Ziele unter den Parteien und ihren führenden, nicht zuletzt regierungsamtlichen Vertretern. Erfolg heißt dann, mit den »eigenen« Leuten, den eigen akzentuierten Gesetzentwürfen und ähnlichem mehr gegenüber der/den anderen Parteien die Oberhand zu behalten. All diese – in solchem, medial ungeheuer ausgeweiteten Verständnis – politischen Handlungen werden rasch zu sterilen Aufgeregtheiten, wenn man Politik mit Hannah Arendt als Machen- und Gestaltenkönnen begreift (und dies gar noch in wahrhaft demokratisch gleichem Zusammenhang). Sobald die Gestaltungsfrage im Vordergrund steht, wird einsichtig, wie jämmerlich eng die Gestaltungsräume und wie gering die Gestaltungsfähigkeiten der etablierten politischen Institutionen sind. Nur die Fixierungen auf Personen, die mediale Verstärkung dieser Fixierung – darin besteht deren schlimmstes Pseudopolitikum – und unsere falsche – kontrafaktische und ein wenig leviathanesische – Hofferei, es sei Oben doch mehr voluntaristischer Spielraum von irgendwie größeren Männern (ab und an auch Frauen) nutzbar, verhindern, den ganzen Jammer, das ganze Ausmaß der Unfähigkeit zur Politik zu erkennen. Dasselbe war liberaldemokratisch im Rahmen des immer schon dominanten Kapitalismus von Anfang an angelegt. Die Unfähigkeit zur politisch demokratischen Eigengestaltung hat aber im Laufe der »Massengesellschaft«, die demokratisch selbstredend im Sinne des Allumfassens gewollt ist, ihrer Durchstaatung und neuerdings dessen, was man Globalisierung nennt, quantitativ und qualitativ bis zum Schwund von Politik zugenommen. Das ist ein wahrhaft weites, aber dringend analytisch, mit institutioneller Phantasie zu bestellendes Feld. Die längst immer erneut realisierten Gefahren, die ungeheuren humanen Kosten, die daraus entstehen, sollten jedenfalls diejenigen nicht schlafen lassen, die sich nicht im Lob der Routine herkömmlicher Wahlkämpfe, Wahlen und aus den Wahlen hervorgehender, parteipolitisch längst magersüchtig gewordener Regierungs- und Oppositionspolitik genug sein lassen.

P.S.: Ich breche mein Wahlgeheimnis. Ich habe bewusst nicht gewählt. Hat demnach die Redaktion des *Argument* einen Bock als Gärtner ausgesucht? Im Sinne des argumentativen Angriffs als der besten Verteidigung möchte ich mit einigen Sätzen diesen viel zu knappen Wahlkommentar schließen. Sie sind an Leute gerichtet, die ich gerne Genossinnen und Genossen nennen könnte. Ohne ihnen, versteht sich, zu nahe zu treten und ohne jene Anrede irgend parteitaktisch gebrauchen zu wollen. Einer Partei im üblichen Sinne gehöre ich längst nicht mehr an. Den Ausdruck Genossin, Genosse verstehe ich im Rahmen der großen, missbräuchlich durchwachsenen Tradition, an Rosa Luxemburg mich haltend, an viele auch, die in Emigrationen, in KZs, auch in Gulags zugrunde gerichtet worden sind: in sozialistischem und das heißt für mich immer zugleich auch herrschaftskritischem, anarchistischem Sinne. Also hebe ich an und höre sogleich wieder, schon aus Platzgründen, auf: Es ist allerhöchste Zeit, dass diejenigen, die sich Intellektuelle im Wertsinne nennen, um mit Peter Brückner, dem viel zu sehr Vergessenen zu reden, sich von ihrer Fixierung auf etablierte Wahlen von Etablierten (außer dieses Mal u.a. Christian Ströbele!) emanzipieren. Dies nicht, weil sie Politik für unwichtig hielten, sondern weil sie im Gegenteil Politik ernst nehmen. Bitte, hört mit dem »romantischen Wahlglotzen« auf. Dies auch nicht, weil sie etablierte Politik und diejenigen, die sie betrieben, verachteten (wenn es auch solche Fälle gibt, wo einen

westerwellig die unerträgliche Leichtigkeit des Seins anweht). Dies vor allem und erstrangig deswegen, weil es darauf ankommt, alle eigene individuelle und assoziative Kraft darauf zu verwenden, inhaltlich und vor allem in Richtung auf neue und andere Institutionen und Prozeduren »alternative«, nein, Politik vorstellungskräftig konkret zu phantasieren, zu konzipieren, dafür zu werben und ab und an punktuell mitzuverwirklichen. Die Gedankenarmut, nicht einmal primär die der Taten, der Mangel an erneuernder, radikal-demokratischer Politik in Zeiten der Cholera, nein der Globalisierung, das ist die Frage. Und wir versagen alle, gerade diejenigen, die das Privileg haben, Intellektuelle sein zu können, zu dürfen, wenn wir uns nicht zukunftsbezogen, mit Brecht gesprochen, »auf die Socken machen«. »Das Frühjahr kommt ...«

Wer dann noch periodisch an den Wahlen zu etablierten Gremien teilnehmen will, der oder die soll das tun. Aber leise. Und geschwind. Auf die etablierte Politik wirkt man am besten ein – von einzelnen Aktivitäten, die immer sein müssen zu schweigen, das wahre Leben im falschen gibt es auch hier nicht –, wenn man sie mit möglichkeitsgesinnt durchdachten Konzepten fordert, nicht wenn man kritisch-kritisch oberflächlich herummosert und dann doch das »kleinere Übel« wählt.



Thomas Barfuss
Konformität und bizarres Bewusstsein
 Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts
 Argument Sonderband AS 291
 20,50 € [D] · ISBN 3-88619-291-1



Petra Mayerhofer, Christoph Spehr (Hg.)
Out of this world!
 Beiträge zu Science-Fiction, Politik & Utopie
 Argument Sonderband AS 288
 19,90 € [D] · ISBN 3-88619-288-1

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand
 Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Fax: 030 / 611 42 70
 versand @argument.de



Argument
 www.argument.de